

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Einzelpreis
beide Ausgaben 25 Pf. pro Woche, 1.60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin-SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Dönhoff 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigung an nach Tarif.
Vorkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor!

Die neuen Männer Berlins

Einigung im Rathaus: Sahm, Lange, Elsas, Utsch

Heute vormittag hat sich im Wahlausschuss der Stadtverordnetenversammlung die völlige Einigung über die Neubesehung der freien Stellen im Berliner Magistrat und der Wahl des Oberbürgermeisters vollzogen. Die Wahl am 14. April ist nunmehr völlig gesichert. Oberbürgermeister von Berlin wird der frühere Danziger Senatspräsident Dr. Heinrich Sahm. Die beiden Bürgermeisterposten werden von dem Sozialdemokraten Lange als langjähriger Stadtsyndikus von Berlin und als stellvertretender Kammerer ganz besonders von Berlins Finanzwirtschaft verdient, und dem stellvertretenden Geschäftsführer des Deutschen Städtetages Dr. Elsas befehlt. Dr. Elsas gehört der Staatspartei an. Berlin, Stadtkammerer wird der jetzige sozialdemokratische Frankfurter Kammerer Bruno Utsch, dessen Berufung — er wird der „beste Kammerer Deutschlands“ genannt — für Berlin ein besonderer Gewinn sein dürfte.

Die deutschnationale Fraktion wartete in letzter Stunde noch mit einem eigenen Oberbürgermeisterkandidaten auf, dessen Name jedoch sowohl in der Presse wie auch in den Verhandlungen schamhaft verschwiegen wurde. In der Sitzung des Wahlausschusses zeigten die Vertreter der deutschnationalen Fraktion ein drolliges Versteckspiel. Auch hier wollten sie den Namen ihres Kandidaten nicht nennen; von den Sozialdemokraten wurde ihnen jedoch zugerufen: „Das wird Euch Herr Steinhoff übernehmen!“ Die Kommunisten hatten selbstverständlich auch ihren eigenen Mann für den Oberbürgermeisterposten. Seine Kandidatur war natürlich nicht ernst gemeint und wurde auch von keiner anderen Fraktion ernst genommen.

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung, die um 16 1/2 Uhr beginnt, wird die Wahl des Stadtgemeindevorstandes, der sich aus 45 Stadtverordneten zusammensetzt, vorgenommen werden. Nach der öffentlichen Sitzung wird über das Ergebnis der Verhandlungen im Wahlausschuss in geheimer Sitzung Bericht erstattet werden. Die Wahl der neuen Männer selbst wird, wie schon oben gesagt, erst am 14. April stattfinden. An der jetzt feststehenden Kombination wird sich jedoch nichts mehr ändern, da die Zustimmung der einzelnen Kandidaten bereits vorliegt.

Die neuen Männer.

Der bisherige stellvertretende Kammerer, Stadtsyndikus Lange ist 52 Jahre alt. Er wurde am 11. Februar 1879 geboren und hat lange Jahre hindurch als Stadtrat in Neustadt 1811 kommunalpolitisch erfolgreich gearbeitet. Bei der Neugestaltung Berlins 1920 kam er als Stadtsyndikus in das Rathaus. Sein großes finanzpolitisches Können und seine guten Kenntnisse der Berliner Verwaltung ließen ihn, als der frühere Kammerer, der gleichfalls den Namen Lange trug, das Rathaus verließ, zum stellvertretenden Kammerer besonders geeignet erscheinen.

Der zukünftige Stadtkammerer von Berlin, Bruno Utsch, derzeitiger Stadtkammerer von Frankfurt am Main, ist ein Mann von 41 Jahren. Am 23. Juli 1890 in Wollsteln in Posen geboren, besuchte er das königstädtische Realgymnasium in Berlin, widmete sich zunächst dem kaufmännischen Beruf und betätigte sich später als Finanz-, Wirtschafts- und kommunalpolitischer Schriftsteller. Seine eindringlichen, von großer Sachkenntnis zeugenden Schriften über kommunalpolitische Probleme erregten allseitiges Aufsehen, so daß er 1920 Stadtrat in Höchst am Main und 1923 dortselbst Bürgermeister wurde. Im Oktober 1925 erfolgte seine Ernennung zum Stadtkammerer von Frankfurt am Main. Bruno Utsch ist langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und wurde von dieser in den Kommunalparlamenten in Rastatt und in den Provinzialparlamenten von Hessen-Nassau gewählt.

Dr. Frick Elsas wurde als Sohn eines württembergischen Textildirektors am 11. Juli 1890 in Cannstatt geboren, studierte in München, Berlin und Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften, begann seine juristische Laufbahn im Jahre 1914 bei der Handelskammer in Stuttgart und ging 1915 zur Stuttgarter Kommunalverwaltung über, wo er in den Jahren 1915 bis 1919 als Direktor des städtischen Lebensmittelamtes tätig war. Seine bald darauf erfolgte Wahl zum städtischen Rechtsrat brachte ihn mit allen Zweigen der Kommunalverwaltung in Verbindung. 1924 wurde er als Mitglied der Demokratischen Partei in den württembergischen Landtag gewählt, legte aber 1928 sein Mandat nieder und nahm eine Stellung als Vizepräsident und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen und Preussischen Städtetages an. Dr. Elsas ist literarisch mit einer Reihe von lehrreichen Arbeiten über Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalpolitik hervorgetreten.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Zum erstenmal auch in der Krisenfürsorge

Nach den genauen amtlichen Zahlen beträgt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung am 31. März d. J. 2 315 554, die der Krisenunterstützten 923 359. Das bedeutet einen Rückgang in der zweiten Märzhälfte um 211 000 bzw. 26 000.

Zum erstenmal seit längerer Zeit ist ein stärkerer Rückgang auch in der Krisenunterstützung zu verzeichnen. Dies ist jedoch nicht auf Beendigung der Unterstützung zurückzuführen, was eine entsprechende Mehrbelastung der gemeindlichen Wohlfahrtspflege bedeuten würde. Infolge der Osterpause liegen die genauen Zahlen der Wohlfahrtsämter noch nicht vor, der Deutsche Städtetag aber gibt auf Grund der Nachrichten der Gemeinden den Zuwachs bei der Wohlfahrt wesentlich niedriger an.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist nicht nur auf die Besserung des Wetters und dadurch ermöglichte Wiederaufnahme von Außenarbeiten zurückzuführen; etwa ein Drittel der Mehrbeschäftigung fällt auf andere Verursacher, so hat die seit Mitte Februar vorhandene Besserung des Beschäftigungsgrades in einigen Industrien angehalten, so in der Kleider- und Wäschekonfektion, der Maßschneiderei, dem Tabakgewerbe, der Spinnstoffherzeugung, der Sechschiffahrt und auch der Amalgamherstellung.

Der Lohnstreit im Baugewerbe.

Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Im Reichsarbeitsministerium sind die Nachverhandlungen im Gange über die Verbindlichkeitsklärung des vom zentralen Schiedsgericht gefällten Schiedsspruches. Der Schiedsspruch sieht eine Kürzung der Berliner Bauarbeiterlöhne um 7,8 Proz. vor und ist von den Berliner Bauarbeitern abgelehnt worden. Der Verband der Bauverträge hat dem Schiedsspruch zugestimmt und dessen Verbindlichkeitsklärung beantragt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt, doch

dürften sie zu einer Einigung führen, durch die die Teilstreiks beendet werden.

Die Streikbewegung hat durch den Streikbeschluss der Akkordmaurer eine Verstärkung erfahren, ist jedoch nicht von erheblicher Bedeutung.

Erst durch das Vorgehen der Unternehmer, den Arbeitern Rente vorzulegen, anstatt die Verhandlungen abzuwarten, hat der Streik seit dem 8. April einen größeren Umfang angenommen, doch wird er nicht von langer Dauer sein.

Anfang mit Fälschung.

Wie wird das Ende sein?

Zur Einleitung der Propaganda für das Antipreuhen-Volksbegehren löst die Stahlhelmgesellschaft als „Flugblatt Nr. 1“ einen Wisch verbreiten, der von einem sicheren Dr. Hans Hübotter verantwortlich gezeichnet ist. Dieses Flugblatt beginnt die Reinigungskampagne mit einer ungewöhnlich frechen Fälschung. An der Spitze bringt es folgenden nachgeahmten Aufruf:

An alle!

„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Der Kapitalismus gehört in Zukunft einer überwundenen Zeit an. Jeder Werttätige erhält gerechte Entlohnung. Die Republik garantiert jedem Arbeit und Brot. In der Republik ist kein Platz für Korruption. Ein allgemeiner wirtschaftlicher und politischer Aufschwung wird die Folge sein. Durch diese Revolution tritt unser Volk in den Zustand einer wahren Freiheit, Schönheit und Würde.“

(Aus dem Aufruf der Volksbeauftragten vom 9. November 1918.)

Dieser Aufruf ist, wie schon zu wiederholten Malen öffentlich festgestellt wurde, schamlos dreist erfunden. Schon ein Blick auf das Datum hätte die Stahlhelm-Schreiberlinge davon überzeugen können. Denn am 9. November 1918 gab es überhaupt noch keine Volksbeauftragten, inselgedessen auch keine Aufrufe von ihnen! Erst im Februar dieses Jahres hat das Reichsinnenministerium auf eine Anfrage geantwortet:

„Unter Rückteilung der anliegenden Nr. 215 des „Striegauer Anzeigers“ vom 13./14. September 1930 beehre ich mich mitzuteilen, daß nach den vorgenommenen Feststellungen weder im Reichsministerium des Innern noch im Reichsarchiv ein Originalmanuskript zu dem angeblichen Aufruf der Volksbeauftragten vorhanden ist.“

Ferner erlaube ich mir noch folgendes zu bemerken: Unmöglich kann dieser Aufruf im damaligen Reichsamt des Innern oder einer anderen Zentralbehörde des Reichs auf Veranlassung des die Regierung führenden Rats der Volksbeauftragten (Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth) entstanden sein. Diesen Rat der Volksbeauftragten gab es am 9. November noch nicht. Der erste von ihm bekanntgewordene Aufruf datiert vom 12. November 1918 und hat ganz anderen Inhalt (s. vgl. Reichsgehehrtat S. 1303).

Die Aufrufe, welche am 9. November erlassen und in den beim Reichsarchiv gesammelten Zeitungen aus jener Zeit abgedruckt sind, stammen von Prinz Max von Baden (Thronverzicht), Ebert (Übernahme der Reichsfinanzgeschäfte und Austritt der neuen Regierung), von der Sozialdemokratischen Partei (Erfüllung ihrer Forderungen), vom Arbeiter- und Soldatenrat (Generallstreik). Schließlich gibt es noch einen von Ebert, Scheidemann und Landsberg unterzeichneten Aufruf: „Volksgenossen!“

Die Form des Aufrufes und die Anrede „An alle!“ läßt vermuten, daß er den Aufrufen, welche die bolschewistischen Machthaber nach der siegreichen zweiten russischen Revolution im November 1917 erlassen haben, nachgeahmt ist. Er stellt eine ungewöhnlich plumpe Fälschung dar.

Diese Erklärung des Reichsinnenministers ist Ende Februar fast durch die ganze Presse gegangen. Nur in die

Frick im Glück!



Archiv der Stahlhelm-Parteien scheint sie keinen Eingang gefunden zu haben oder sie sollte dort keinen Eingang finden. Um so dreister mutet es an, wenn dieser als „un- gewöhnlich plumpe Fälschung“ amtlich gekennzeichnete Aufruf jetzt, kaum zwei Monate später, wieder an der Spitze eine Stahlhelm-Flugblätter erscheint. Am Anfang des Volksbegehrens steht die Fälschung! Wie wird erst das Ende sein?

Massenproduktion von Reisezeugnissen.

Die Überfüllung der höheren Schulen.

Der anhaltende Zubrang zu den höheren und Hochschulen hat die Unterrichtsverwaltungen der deutschen Länder seit langem veranlaßt, nach einem Ausweg zu suchen. Der Besuch der höheren Schulen beträgt 140 Proz., der Hochschulen 160 Proz. im Vergleich zu 1913.

Soeben haben 50 000 Abkürzungen die höheren Schulen verlassen gegen 15 000 zu Ostern 1913!

Neben der weitverbreiteten Meinung, daß der Besuch höherer Schulen und das Hochschulstudium allein „würdig“ wären, ist es besonders die Hoffnung der Eltern, durch höhere Bildung die Aussichten ihrer Kinder auf Erlangung von Stellen zu verbessern, die diesen Andrang herbeiführt. Viele glauben auch, daß in der Zeit des Studiums sich die Anstellungsaussichten verbessern werden.

Diese Hoffnungen sind nach der Überzeugung der sachkundigen Unterrichtsverwaltungen nicht berechtigt. Nun hat das Preussische Unterrichtsministerium schon vor einiger Zeit eine schärfere Siebung sowohl bei der Aufnahme in die höheren Schulen wie beim Übergang auf die Oberstufe vorgeschrieben. Die Unterrichtsverwaltungen haben sich besonders damit beschäftigt, daß die Anstellungsbehörden, die Wirtschaft usw. ganz verschiedene Reisegrade von den Kandidaten verlangen, die durch Schulzeugnisse nachzuweisen sind.

Um diese Fülle zu vereinfachen und eine mittlere Reife etwa im Sinne des früheren „Einjährigen“ zu schaffen, die für eine Laufbahn mittleren Grades ausreicht, haben die deutschen Unterrichtsverwaltungen eine Vereinbarung getroffen, die den zehnjährigen Bildungsgang der verschiedenen Schularten miteinander gleichsetzt und die Ausbildung durch gewisse Mittel- und Fachschulen als für die Wirtschaft und das praktische Leben nützlicher bezeichnet.

Natürlich können die Unterrichtsverwaltungen durch ihre Vereinbarung noch nicht zwingendes Recht schaffen. Eine Konferenz des Reichsinnenministeriums mit den Wirtschaftstreibern hat aber bereits im vergangenen Sommer eine weitgehende Zustimmung der Wirtschaft zu dieser Vereinbarung gebracht.

Keine Zollunion mit Frankreich.

Paris wünscht Vorzugszölle mit Donau-Staaten.

Paris, 9. April.

Ministerpräsident Poincaré stattete gestern abend dem Außenminister Briand im Quai d'Orsay einen Besuch ab und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Die Morgenblätter melden, die Aussprache habe sich auf die gegenwärtig schwebenden außenpolitischen Fragen, also auf die Störung der Londoner Flottenverhandlungen, auf die geplante deutsch-englische Ministerzusammenkunft und im besonderen auf die Haltung bezogen, die die französische Delegation bei der Genfer Debatte über das deutsch-österreichische Zollabkommen einnehmen werde. „Echo de Paris“ sagt, Briand versuche seine anfängliche Niederlage dadurch wieder gutzumachen, daß er wirtschaftliche Reorganisationspläne ausarbeiten lasse, um das deutsch-österreichische Abkommen zum Scheitern zu bringen oder wenigstens seine gefährlichen Folgen zu begrenzen. Zu diesem Zweck würden im Laufe dieser Woche Konferenzen des Außenministers mit den Leitern des Finanz-, Handels- und Landwirtschaftsministeriums stattfinden, in denen vor allem die Frage untersucht werden soll, ob Frankreich den Landwirtschaftsstaaten in Mittel- und Osteuropa Vorzugszölle einräumen könne, selbst auf die Gefahr hin, daß mit dem System der Reifebegünstigungskaufel gebrochen werden müsse. Der Gedanke, der deutsch-österreichischen Zollunion eine weitere Union unter Beteiligung Frankreichs entgegenzusetzen, habe einer Prüfung nicht standgehalten.

Die Schädlingsjagd.

Verhaftungen im Baumwollgebiet.

Moskau (über Kowno), 8. April.

Die OGPU hat in Tschkent eine gegenrevolutionäre Organisation aufgedeckt, die beschuldigt wird, die Baumwollplantagen und -spinnereien wesentlich geschädigt zu haben. Verhaftet wurden: der ehemalige Direktor im ehemaligen Landwirtschaftsministerium, Tuzerom, Professor Nikolski, Professor Kirbatow, der ehemalige Industrielle Schlosberg, Privatdozent Schadrin, der ehemalige Industrielle Knopf und Ingenieur Marquelin.

Japaner aus Fern-Ost vertrieben.

Tokio, 8. April.

Nach einer Mitteilung aus Wladimirostol wurde eine Gruppe Japaner, die in Wladimirostol anlässlich waren, von der OGPU verhaftet und trotz Protest des japanischen Generalkonsuls aus der Sowjetunion ausgewiesen. Die russischen Behörden erklären, daß die Ausgewiesenen durch Spekulation mit der russischen Währung den Sowjetstaat stark geschädigt hätten.

Untersuchung der Ukrainer-Drangsalierung.

London, 8. April.

Am 16. April beginnt in London die Sitzung des Völkerbund-Dreierausschusses, der sich mit den Klagen der ukrainischen Kinderheiden gegen Polen beschäftigen soll. Dem Ausschuss, der sich aus dem englischen Außenminister Henderson als Vorsitzendem, dem norwegischen Außenminister Rowinkel und dem italienischen Botschafter in London zusammensetzt, werden sieben Eingaben als Ausgangspunkt für die Untersuchung vorgelegt. Aus der großen Zahl der beim Völkerbund eingegangenen Anträge sind sie die einzigen, die als unannehmbar bezeichnet und nach London weitergegeben wurden. Entsprechend der Geheimhaltungspraxis des Völkerbundes bei derartigen Fällen sind die Londoner Stellen nicht in der Lage, nähere Angaben über die zugelassenen Anträge und die Antragsteller zu machen, jedoch kann angenommen werden, daß die Eingabe von etwa 60 englischen Parlamentariern über die Polengrenze in der Ukraine dem Ausschuss vorliegen werde.

Die Revolutionäre in Venezuela meiden militärische Erfolge im südlichen Teil des Landes. Beide Parteien hätten bei den Kämpfen beträchtliche Verluste erlitten.

Bosheiten in Paris

Macdonald wird gegen Henderson auszuspielen versucht

Paris, 9. April. (Eigenbericht.)

Die französische Presse ist über die Beschreibung der Londoner Reise Brünings und Curtius' sehr befriedigt, vermeidet es aber diese Tatsache als einen Sieg Frankreichs auszubehaupten. Dagegen wird Henderson gelobt, „der schnell das Manöver bemerkt habe, in das ihn die deutschen Staatsmänner hineinziehen wollten“, und der daher den ihm von verschiedenen Seiten gemachten Vorschlag befolgt habe, die Bewegung bis nach der Genfer Ratstagung zu verschleppen.

Frankreich könne jetzt mit ungehinderten Händen nach Genf gehen. Der „Petit Parisien“ schreibt, daß jetzt auch Henderson im Völkerbundsrat mit der vollkommen unberührten Autorität eines unparteiischen Richters Platz nehmen könne. Das „Echo de Paris“ führt die Verlegung der Begegnung nicht auf politische Erwägungen, sondern auf das Einschreiten Macdonalds zurück, der sich durch die von Henderson seit einiger Zeit genommene Freiheit, zum Beispiel bei den eigenmächtigen Verhandlungen über die Flottenabrüstung, beleidigt gefühlt habe und seinen Außenminister zur Ordnung habe rufen und ihn an die Solidarität des Kabinetts habe erinnern wollen.

Was die Bedeutung der Zusammenkunft anbelangt, wird in der französischen Presse fast allgemein der Standpunkt vertreten, daß die Begegnung nach der Genfer Ratstagung keinen großen politischen Wert mehr habe. Der „Matin“ schreibt im Grunde genommen, handele es sich jetzt nur noch um einen Wochenendausflug auf dem Lande, der den deutschen Ministern angeboten werde. Der „Ergesior“ glaubt, daß die Londoner Reise Brünings und Curtius' keine großen Fragen regeln werde, aus dem einfachen Grunde, da es keine großen europäischen Fragen gebe, die ohne Beteiligung Frankreichs vorgenommen werden. Den Unterhaltungen von Chequers komme also nur die Bedeutung einer symbolischen Geste zu, durch die England sich von neuem in seinem Entschluß betätigen wolle, gemäß dem Locarno-Abkommen das Gleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich zu erhalten.

Die Vorgeschichte.

London, 9. April.

Die das Reutersche Büro erfährt, ist die anscheinend in mehreren auswärtigen Staaten bestehende Auffassung, daß die Abhaltung einer Drei- oder Viermächtekonferenz innerhalb der nächsten Wochen in London in Frage kommt, auf die Verquickung von zwei gesonderten und verschiedenen Fragen zurückzuführen — die eine, die Einladung an die deutschen Staatsmänner, und die andere, die wahrscheinliche Anwesenheit auswärtiger Minister anlässlich der Unterzeichnung des Flottenabkommens zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien, deren Zeitpunkt noch unbestimmt ist. Was die Einladung betrifft, so erklären unrichtige deutsche Kreise, der Gedanke, eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und

dem deutschen Reichskanzler zu vereinbaren, sei angesichts der Tatsache entstanden, daß der britische Premierminister so oft mit führenden Staatsmännern anderer Mächte, insbesondere im Zusammenhang mit Erörterungen über die Flottenabrüstung zusammengetroffen ist, während er mit dem deutschen Reichskanzler bisher noch keine Zusammenkunft gehabt hat. Zu diesem Zweck erörterten etwa Mitte März der britische Staatssekretär des Auswärtigen mit dem deutschen Botschafter in London einen Vorschlag, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister ein Wochenende in Chequers verbringen sollten, um Fragen von gegenseitigem Interesse zu erörtern. Diese informelle Anregung wurde von dem deutschen Botschafter nach Berlin übermittelt und wurde von beiden deutschen Staatsmännern herzlich aufgenommen. Gegen Ende März teilte der deutsche Botschafter Henderson mit, daß der britische Vorschlag begrüßt und eine Einladung nach Chequers mit großem Vergnügen angenommen werde. Der zuerst vorgeschlagene Zeitpunkt war der 1. Mai. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Premierminister zu dieser Zeit Verpflichtungen hatte, die nicht umgestoßen werden konnten. London schlug hierauf ein eine Woche später liegendes Datum, nämlich den 8. Mai, vor. Es war nicht sicher, ob dies den deutschen Herren passen würde, da noch nicht eine Woche später, nämlich am 15. Mai, Dr. Curtius an einer Sitzung des Ausschusses für die europäische Union in Genf und drei Tage später am Völkerbundsrat teilnehmen müßte. Da Ende Mai für die deutschen Minister noch ungelegener war, fand ein weiterer Meinungsaustausch mit Berlin statt und schließlich wurde am heutigen Spätnachmittag im Foreign Office, nach Gesprächen zwischen Brighton und Vossinouth und den deutschen Staatsmännern, die Zeit vom 5. Juni bis 9. Juni festgesetzt.

Die deutschen Minister, in deren Begleitung sich eine Anzahl von Sekretären befinden wird, werden in London in der Nacht zum Freitag, dem 5. Juni, eintreffen und Sonnabend und Sonntag in Chequers verbringen. Am Montag, dem 8. Juni, wird in der Deutschen Botschaft ein Bankett für die britische Regierung und das Diplomatische Korps sowie ein Empfang stattfinden. Die deutschen Minister werden am Dienstag, dem 9. Juni, nach Berlin zurückreisen.

Daily Herald ruft die französische Presse zur Ordnung

London, 9. April.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Die Bemerkungen der französischen Presse über den bevorstehenden Besuch der deutschen Minister in London sind reichlich taktlos gewesen. Die Auffassung, Frankreich sei berechtigt, sich durch einen deutschen Besuch in London beleidigt zu fühlen, ist wirklich etwas stark. Das Blatt erklärt, derartige Ansprüche brächten Paris nur Schaden und riefen in England eine Verstimmung hervor, die die Franzosen in ihrem eigenen Interesse schwerlich erregen wollten.

Gasausbruch in Rumänien.

Schwere Explosionsgefahr. — Eine Gemeinde geräumt.

Bukarest, 9. April.

In der Nähe von Bistret erfolgte aus einer 1800 Meter tiefen Sonde ein außerordentlich starker Gasausbruch. Das Getöse des Ausbruchs war 15 Kilometer weit zu hören. Die Gasmassen brennen nicht, gefährden aber die ganze Umgebung. Die Gemeinde Szaeni wurde panikartig geräumt. Obwohl alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden sind, ist die Gefahr nicht behoben. Der Ausbruch dauert unvermindert fort.

Gastod dreier Frauen.

70-Jährige geht mit ihren Töchtern in den Tod.

Eine furchtbare Familientragödie spielte sich im Hanke Rantestraße 28 in Charlottenburg ab. Im gegenseitigen Einverständnis vergiftete sich die 70-jährige Witwe Anna Goldschmidt mit ihren beiden verheirateten Töchtern, der 55-jährigen Martha Valentin und der 52-jährigen Toni Weichmann durch Gas. Als die Tat heute mittag entdeckt wurde, waren die Frauen bereits tot.

Frau Anna Goldschmidt bewohnt im Hochparterre des Hauses Rantestraße 28 eine aus acht Zimmern bestehende Wohnung. Heute mittag wollte ein Verwandter bei der alten Dame vorprechen, er fand jedoch keinen Einlaß. Als der Mann bei dem Hausmeister nachfragte, wurde ihm erklärt, daß Frau G. schon seit Dienstag nicht mehr gesehen worden sei. Der Besucher schöpfte jetzt Verdacht und ließ durch einen Schloffer die Wohnungstür öffnen. Bereits auf dem Korridor schlug den Eintretenden starker Gasgeruch entgegen. Nachdem auch die von innen verriegelte Küchentür gewaltsam geöffnet worden war, bot sich den Männern ein erschütterndes Bild. In dem völlig mit Gas erfüllten Raum sah die greise Frau Goldmann leblos auf einem Polsterstuhl, ihre beiden Töchter lagen regungslos auf einem Sofa. Alle drei Frauen hatten Gasgeschläuche im Mund, die durch eine Schürze am Kopf befestigt war. Die Schläuche waren noch ganz neu und sind zweifellos erst für den gemeinsamen Selbstmord angeschafft worden.

Die Feuerwehrgesamtheit brauchten nicht erst in Tätigkeit zu treten, da bei den Lebensmüden bereits die Totenstarre eingetreten war. Offenbar ist die furchtbare Tat schon am Dienstag passiert. Am Nachmittag erhielt Frau G. den Besuch ihrer beiden Töchter. Niemand hat jedoch gesehen, daß die beiden Frauen die Wohnung ihrer Mutter wieder verlassen haben. Dagegen wurde in den Abendstunden desselben Tages vom Portier in der Wohnung der alten Frau Hämmerl wahrgenommen. Wie sich jetzt herausgestellt hat, haben die Frauen, bevor sie die Gaschläuche öffneten, sämtliche Fensterjalousen und Läden in der Küche mit Filzstreifen verstopft und vernagelt. Daher stammten die Klappgeräusche.

Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist Frau Goldschmidt mit ihren beiden Töchtern aus Gram über den Tod ihres vor Jahresfrist verstorbenen Mannes aus dem Leben geschieden. Frau G. war seit dem Tode ihres Mannes sehr schwermütig. Es scheint, daß die Lebensmüden sich schon seit einiger Zeit mit dem Gedanken getragen haben, dem Mann und Vater freiwillig in den Tod zu folgen.

Durch einen Arzt ist noch festgestellt worden, daß die Lebensmüden vor ihrem letzten Schritt ein starkes Schlafmittel eingenommen hatten.

Kampfpause in Dänemark.

Die Aussperrung aufgeschoben.

Kopenhagen, 9. April. (Eigenbericht.)

Die für morgen angekündigte Aussperrung in der dänischen Industrie ist bis zum 20. April aufgeschoben worden. Die Verschiebung erfolgte, weil der allgemeine Gewerkschaftsbund sich am 12. April in einer Generalversammlung nochmals mit den Möglichkeiten einer Verständigung in dem Lohnstreik befaßt will.

Die Unternehmer fordern Lohnföhrungen von 10 bis 20 Prozent, die Arbeiter fordern dagegen Lohnherhöhungen und einen acht-tägigen Urlaub. Für die am 1. Februar ablaufenden Verträge für 53 500 Arbeiter hatten die Unternehmer bereits die Aussperrung am 9. März angekündigt, durch Eingreifen des staatlichen Schlichters wurde jedoch die Aussperrung verschoben. Seitdem sind die Verhandlungen vor dem Schlichter ununterbrochen fortgesetzt worden. Die Arbeiter widersetzen sich mit der größten Entschiedenheit einer Lohnföhrung. Aber auch die Unternehmer wollen nicht nachgeben. Der Kampf würde mindestens 100 000 organisierte Arbeiter umfassen.

40 Stunden unter dem D-Zug.

Rumänischer Deserteur in Berlin gelandet.

Die abenteuerliche Flucht eines rumänischen Soldaten endete heute früh mit seiner Festnahme auf dem Schliesischen Bahnhof in Berlin.

Als der D-Zug 42 Bukarest—Berlin nach rund vierzigstündiger Fahrt um 6.59 Uhr schulpfannmäßig auf dem Schliesischen Bahnhof eintraf, entdeckten Kontrollbeamte am Drehgestell unter einem sogenannten Kurzwagen einen jungen Mann, der rumänische Militäruniform trug. Der blinde Passagier, der über und über mit Schmutz bedeckt war, wurde halb bewußtlos hervorgeholt. Als er später vernommen wurde, war er erstaunt, sich schon in Berlin zu befinden. Es handelt sich um den 21-jährigen Michel Stanger, der bei einem Bukarester Regiment Dienst tat. Stanger wurde zunächst der Abteilung I A im Polizeipräsidium übergeben. Was weiter mit ihm geschehen wird, ist noch unbekannt.

Schweres Bauunglück in Kalifornien.

Fünf Arbeiter getötet.

Berkeley (Kalifornien), 9. April.

In dem Neubau der hiesigen Universität stürzte gestern das dritte Stockwerk ein. Fünf Arbeiter wurden getötet und 18 schwer verletzt.

Lokomotive rast in Arbeiterzug.

Zwei Tote und zehn Verletzte.

Paris, 9. April.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Mittwochabend in der Nähe von Marseille. In dem Augenblick, in dem ein Arbeiterzug in einen Tunnel einfahren wollte, kam in entgegengesetzter Richtung eine Lokomotive herangebraust, die direkt in den Arbeiterzug hineinfuhr. Der Zusammenstoß war so heftig, daß mehrere Wagen des Arbeiterzuges aus den Schienen sprangen und zum größten Teil zerstört wurden. Aus den Trümmern zog man zwei Tote und zehn Verletzte. Von den Verletzten dürften mehrere kaum mit dem Leben davonkommen.

Naturforschertagung in Mainz

Wie popularisiert man Museen?

In Mainz fand die dritte Tagung des Bundes der deutschen naturwissenschaftlichen Museen statt, die mit zahlreichen wissenschaftlichen Vorträgen und Besichtigungen verbunden war. Wie der Vorsitzende, Prof. Zimmer-Berlin bekanntgab, umfaßt der Bund 159 Mitglieder (Organisationen und Einzelpersonen). Nicht wandte man sich nur an die Museen im deutschen Sprachgebiet; in Zukunft sollen auch Museumsvertreter nichtdeutscher Gebiete zur Mitarbeit eingeladen werden. Ferner wurde beschlossen, zu erstreben, daß die naturwissenschaftlichen Museen den Kultur- und Kunstmuseen gleichgestellt werden.

Von den Vorträgen waren auch diejenigen, die sich mit der Organisation, den Arbeitsmethoden und den Berufsgeschäften der Museumsbeamten und -leiter befaßten, von großem allgemeinem Interesse. Prof. Zimmer-Berlin sprach über die Ausbildung.

Wie aus den vorausgegangenen Tagungen, erörterte auch in Mainz Professor R. E. Thiel-Hamburg das Thema der

Arbeitsgemeinschaft aller naturwissenschaftlichen Sammlungen.

Eine Rundfrage über die Spezialgebiete der einzelnen Sammlungen, die Prof. Thiel eingeleitet hat, ergab viele zustimmende Antworten für die Einführung von Austausch und die gegenseitige Hilfe zur Ergänzung der naturwissenschaftlichen Museen.

Einen erfreulich großen Raum erforderte in der Debatte die Frage, wie die Museen für die Wissenschaft und für die Allgemeinheit besser nutzbar gemacht werden können. Dr. Wachs-Stettin sprach zur Einleitung über das Thema:

Das Naturkundemuseum und der Dienst am Kunden.

Die naturwissenschaftlichen Sammlungen führen neben den Kunstmuseen meist ein Nebenbrotgeschäft. Ein großer Teil jener Altersstufen, die früher begeistert ins Museum kamen, werden heute nur mehr vom Sport erfasst. Demgegenüber müssen die Museumsleiter besondere Anstrengungen machen, um ihre Anstalten recht anziehend und anheimelnd zu gestalten. Man soll statt der übereinandergeklärten Fälle Weniges zeigen, aber von eindringlicher Eigenart und in schöner Aufmachung. Die Nebeneinander-

stellung von „Bewandertreihen“ ermüdet, die Ausstellung biologischer Gruppen nach dem Muster des Berliner Museums muß an ihre Stelle treten. Wenn kleinere Sammlungen nicht die Räume haben, dann schaffe man „Wechselnde Ausstellungen“.

Die Besucher des Museums sollen stets die Möglichkeit haben, sich beim Beschaun der Ausstellung ein Lebensbild zu gestalten, man soll alles von einem Tier zum Beispiel erfahren, auch Lebensart und Lebensweise! Neben die Stelette und Wäpse müssen auch stets Modelle und Photos gestellt werden. Die ästhetische Wirkung der Ausstellung darf unter keinen Umständen vernachlässigt werden. Der Untergrund und Hintergrund der Schau, die Durcharbeitung jedes Etiketts, die Bereithaltung guter Bücher und Bilder soll helfen dem Museum

Stammkunden anzuwerben und zu erhalten!

In Steint sind zu jeden Mittwochnachmittag „Kurzporträts“ über bestimmte Wissensgebiete eingeführt worden, die dem Museum viele neue Freunde verschafften, die jetzt jede Woche wiederkommen und in ihr Museum gehen. Das allerwichtigste bleibt freilich die enge Verbindung mit den Schulen, dafür ist Mainz Vorbildlich geworden. Die Lehrer wurden so interessiert, daß viele heute ihren eigenen naturkundlichen Unterricht im Museum abhalten. Durch neue Methoden müssen die alten Museen locken, werben, erziehen. So gewinnt man neue Freunde. Auch zum Grammophon und Lautsprecher wird man greifen müssen, um stets kleine Vorträge bereitzubehalten. Das Museum soll vor allem

denen eine Freude machen, die die ganze Woche über im harten Frontdienst stehen!

In der Besprechung dieses Vortrages wurde auch angeregt, Glasbilder anzuschaffen und mit ihrer Hilfe in Versammlungen und Vorträgen zu zeigen, was man alles im Museum sehen könne. Im Museum müßte auch bei den einzelnen Tiergruppen der Boden und das Klima berücksichtigt werden sowie eine Darstellung der geologischen Verhältnisse.

Zum Schluß wurde von mehreren Rednern betont, wie dringend notwendig eine enge Verbindung der Museumsleiter mit der Presse sei.

frühesten gehalten; und auch in diesem Werk freilich besteht die Virtuosität der Orchesterbehandlung, auch wenn das heutige Ohr sich durch den rauhschaligen Klang des damals sensationellen Orchesterzweckspiels nicht betrügen läßt.

Von dem Welterfolg, dessen der 35jährige Komponist sich schon sicher fühlte, blieb diese frühe Oper, die ihn ankündigt, ausgenommen. Nicht ohne Grund ist das auch von dem zweiten Stück, der „Josephslegende“, festzustellen. Dieses ästhetisierende Spiel mit Figuren des Alten Testaments, prunkhaft und überladen mit Bildungsdetails ist aus einer Art Kunstbedürfnis und Kunstanschauung entstanden, die zum mindesten nicht die unseren sind, und entscheidend ist, nicht nur für den Wert, sondern auch für die Wirkung; bei bestem Willen läßt sich sagen, daß es reich an musikalischer Substanz sei. An die Wiedergabe der beiden Stücke — beide in Berlin seit längerer Zeit nicht gegeben — hat die Städtische Oper viel gute Arbeit gewandt. Den Erfolg der „Feuersnot“ trägt Hans Reinmar, in der Rolle des Runrad gleich überragend als Sänger und Darsteller. Der Dirigent, Paul Breisch, enttäuscht ein wenig in der Oper; wie er ist auch der Regisseur Hanns Riedeken-Gebhard glücklich in dem Tanzspiel, hier freilich durch die üppig-phantasievolle Szenarie Ludwig Rainers und Lizzie Maudrils Choreographie wirksam unterstützt.

Die Hofmannthal-Straußsche „Josephslegende“ wird immer wieder zu choreographischer Bestätigung benutzt. Trotz der spröden seelisch komplizierten Handlung und einer Musik, die moderner tänzerischer Formung widerstrebt. Auch Lizzie Maudrils große und reife Kunst ist der unanbittbaren Aufgabe nicht ganz Herr geworden. Zumal in dem szenisch-dekorativen Aufbau der Städtischen Oper zu den schon vorhandenen Schwierigkeiten eine neue sich gefüllt. Inmitten dieses wilden, ungegliederten Liniens und Farbenreios konnten rhythmisch bewegte Menschengestalten nicht zur Geltung kommen. Große, riesenhafte Arabesken erschlugen und erdrückten jartere Wirkungen. Die „Josephslegende“ bietet eigentlich nur zwei Tanzpartien: Joseph und Potiphars Weib. Beide waren ausgezeichnet besetzt mit Edgar Frank und Ruth Abramowitz. Franks stille, schwebe, anmutig bescheidene Anabenhaftigkeit und das in tausend Nuancen der Beweglichkeit schillernde Raffinement der Abramowitz brachten Gipfelleistungen des modernen Bühnentanzes. Frank mit rein tänzerischen, die Abramowitz mit mimisch-pantomimischen Mitteln. Sehr schön das Besetzen der Sulamith (Erna Sydow) aus den Gruppen der tanzenden Frauen und die Schlussszene zwischen Joseph und Potiphars Weib, die freilich auf ungünstig gegliederter und beleuchteter Kissenbühne nicht in allen Details zur künstlerischen Wirkung kommen konnte. J. S.

Karneval im Tonfilm.

Storia-Palast.

Steht nicht unter ganzer Tonfilm im Zeichen des Karnevals, darf man an ihn noch Raffiné anlegen, von der Handlung irgendwelche Wahrscheinlichkeit, von den Figuren Lebensmöglichkeit erwarten und dergleichen altmodische Anforderungen überhaupt stellen? Die Welt unseres Tonfilms ist immer auf Karneval gestellt. Karneval ist das große Alibi unserer Filmproduzenten. Man wird deshalb auch gegen den neuen Joe-Mary-Film ... und das ist die Hauptfrage!?, der ausgesprochen im Karneval spielt, nicht allzu streng sein dürfen. Hier herrscht das Maskentreiben und die Laune des Ballsaals, hier gehen brave Ehemänner auf Abenteuer aus und lassen sich von jungen Frauen beinahe (!) verführen, hier sucht die vernachlässigte Ehefrau bei einer angeblichen Durchlaucht, der sich nachher als Hochstapler entpuppt. Die beiden Paare spielen dann ihre Rolle im Hotel und in der Wohnung der Kleinen weiter, das Happen-End macht aber allen Komplikationen ein Ende: die anständige Frau wird vor dem Fall durch die Jagdhaftigkeit des Hochstaplers und die Promptheit der Kriminalpolizei bewahrt, der Ehemann aber kehrt reumütig zu seiner Frau zurück, und die Leidtragende ist allein das abenteuerlustige junge Mädchen. Die Handlung ist allzu dürftig und wird über die Rechen gedehnt, der Schluß ist moralisch bis zur Lächerlichkeit.

Joe Mary hat schon bessere Regie geführt. Immerhin ist es ihm gut gelungen, das karnevaleskische Treiben im Film aufzufangen. Auch hier würden Kürzungen das Tempo bessern. Der Tonfilm ist jetzt so weit entwickelt, daß er die Geräusche, den Dialog und die Musik eines Ballsaals gleichzeitig wiedergeben vermag

(wobei sich Joe Mary eines besonderen Wirkungsverfahrens bedient hat). Die Hauptsache aber sind nicht Handlung, Regie oder Musik, sondern die Darstellung. Hier kann man ruhig loben. Harry Liedtke gibt sehr zurückhaltend, aber mit guter Laune den Ehemann und Liebhaber, etwas matt ist Rosa Gregor als Ehefrau, die durch ihren eigenen Mann ins Abenteuer gedrängt wird. Sie soll beschwipst sein und doch Haltung bewahren, sie soll dem Zauber der Durchlaucht erliegen und doch ihrem Mann treu bleiben. Die Folge davon ist, daß sie nichts ganz sein darf. Um so ausgelassener und spritziger ist Ursula Graben, die ihren Harry Liedtke verführen will. Sie wirkt ansteckend mit ihrer echten Karnevalsbelesenheit, sie ist ein Bud, dem man alle Streiche glaubt. Nicht recht gelockert ist auch Robert Hoeren als Hochstapler. Auch hier scheint die Hemmung durch das Manuskript bedingt zu sein. Otto Wallburg in seiner Beschwipstheit und Jakob Liedtke als hochherrschastliche Diener und Julius Falkenstein erzielten Extraapplaus. Sie waren echte Karnevalsfiguren.

Zwanzig Jahre Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände. Die Berufs- und Standesorganisation deutscher künstlerischer Bühnenvorstände beging in den Räumen des Deutschen Bühnenklubs in Berlin die Feier ihres zwanzigjährigen Bestehens. Der geschäftsführende Vorsitzende Dr. Bruno Satori-Reumann gab in seiner Rede ein Bild von der Geschichte der Vereinigung. Leopold Seher betonte in seiner Schlussansprache, daß es immer schon große Regisseurpersönlichkeiten gegeben habe, daß aber erst die Vereinigung den eigentlichen Beruf des Regisseurs geschaffen habe, der jetzt wieder durch die einseitig betriebenen Abbaumassnahmen gefährdet sei. Im Gegensatz zu den beiden sozial wirkenden und kämpfenden Theaterorganisationen, dem Deutschen Bühnenverein und der Bühnengenossenschaft, suche die Vereinigung als eine überparteiliche Organisation den Ausgleich anzubahnen und herbeizuführen. Wenn jedoch der durch die Vereinigung geschaffene Stand der Regisseure bedroht werde, so müsse sie notwendiger zur Wahrung dieser Belange eine Kampforganisation werden.

Bühnenrevue. Ellen Frank wurde von der Volksbühne für eine Hauptrolle in Dublin „Ehe“ verpflichtet.

Schulstreik in Braunschweig.

Protest gegen die Maßregelung dissidentischer Lehrer.

Braunschweig, 8. April. (Eigenbericht.)

Im Lande Braunschweig ist für die weltliche Schule der Schulstreik proklamiert worden. Der weltliche Elternbund wies ihn für Freitag und Sonnabend festsetzen. Der Streik soll ein Protest sein gegen die Entlassung der dissidentischen Lehrer und Hilfslehrer, gegen den Schulabbau, gegen die Erhöhung der Klassenfrequenz und gegen die anderen Willkürmaßnahmen Franzens auf dem Gebiet der Volksschule.

Einbruch oder Versicherungsbetrug?

Drei Golvogel und ein Kaufmann auf der Anteaebank.

Mit einer verwickelten Angelegenheit hat sich das Schöffengericht Charlottenburg zu befassen; es hat zu entscheiden, ob es sich in dem zur Verhandlung stehenden Fall um Einbruch oder um Versicherungsbetrug handelt.

Auf der Anteaebank hinter der Barriere sitzen drei Mann — der unvorbestrafte Tierpfleger F., und zwei vielfach Vorbestrafte namens Koch und Hoffmann — wegen Einbruchs. — Auf der Anteaebank vor der Barriere sitzt Herr G. wegen verachteten Versicherungsbetruges. Dieser Herr G. soll die drei aus der Haft Vorgeführten dazu angeflusst haben, das Konfektionsgeschäft seines Vaters in Charlottenburg, in dem er Geschäftsführer ist, auszuräumen. Auf diese Weise sollte der Versicherungsgesellschaft ein Schnippchen geschlagen werden. G. bestreitet, mit der Sache auch nur das Geringste zu tun zu haben.

Die Ausräumung mißlang. Vier mächtige Pakete standen abfuhrbereit, als der Wächter auf der Bildhütte erschien und den Diebstahl vereitelte. Die Einbrecher entliefen im Auto, das sie gebraucht hatte, ohne, wie sie behaupten, auch nur „das Schwärze unter den Nagel mitgenommen zu haben“. Der Vater des angeklagten G. hat aber ein langes Verzeichnis der angeblich gestohlenen Anzüge aufgestellt und fordert von der Versicherungsgesellschaft Auszahlung der Versicherung. Sollten die „Einbrecher“ bereits eine Partie Waren fortgeschafft haben und zurückgekehrt sein, um die vier Pakete zu holen? Die Angeklagten behaupten, man habe sie in eine Falle gelockt. Sie verdächtigen den Angeklagten G., sie zum Einbruch angeflusst und ihnen das Auto gestellt zu haben, um sie hinterher von dem Wächter überraschen und von dem Chauffeur verraten zu lassen. Nun konnte er behaupten, bestohlen zu sein und war in der Lage, die Versicherungssumme zu fordern. Die Frage, die das Gericht zu entscheiden haben wird, ist diese: Sind die Angeklagten wegen Einbruchs zu verurteilen oder haben sie sich der Beihilfe zum verachteten Betrug mitschuldig gemacht?

Die Schilderung der drei „Einbrecher“ über ihre Bekanntschaft mit dem Angeklagten G. und die Vorbereitung zum „Einbruch“ zeigen manche verdächtige Momente und erscheinen in mancher Hinsicht wenig glaubhaft. Der angeklagte Tierpfleger F. will G. in einem Lokal in der Wilmersdorfer Straße kennen gelernt und mit ihm die erste Unterhandlung gepflogen haben. G. habe genau die Lokaltitäten beschrieben und versprochen, das Sicherheitschloß offen zu lassen. Er machte zur Bedingung, daß er von dem Erlös der Ware 500 Mark als Abfindungssumme erhalte. Am 20. Januar fuhr man in dem von G. gestellten Auto an den Laden in der Wilmersdorfer Straße heran, erbrach das kleine Hängeschloß, packte die Anzüge zusammen und — wurde vom Wächter überrascht. Schon am nächsten Morgen nahm die Polizei den Angeklagten G. in dessen Wohnung fest; man fand bei ihm 62 Anzüge, die von einem anderen Einbruch herrührten. Der Angeklagte behauptet übrigens, daß in der Gegend um das Rosenhäger Tor öfter dergleiche Bestellungen zu Einbrüchen gemacht werden.

„Graf Zeppelin“ in Fahrt.

Friedrichshafen, 9. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 6 Uhr 08, wie vorgelesen, unter Führung von Dr. Eckener, der am Dienstag von seiner Amerikareise zurückkehrte, zu der bereits angekündigten Ägyptenfahrt aufgestiegen. An Bord befinden sich 23 Passagiere. Kurz vor der Ausfahrt mußten wegen Photographierverbots sämtliche Photoapparate aus dem Luftschiff gegeben werden. Am Sonntag erfolgt von Kairo aus der Start zur Südfahrt nach Friedrichshafen, wo das Luftschiff im Laufe des Montags wieder erwartet wird.

Nervenchirurgie.

Tagung der Gesellschaft für Chirurgie.

Die 55. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie wurde am Mittwoch im Langenbeck-Wirchow-Haus durch den Vorsitzenden, Professor Schmieden, Frankfurt a. M., eröffnet. Er konnte mitteilen, daß die deutschen, österreichischen und ungarischen Chirurgen nunmehr der „Internationalen Gesellschaft für Chirurgie“ wieder beitreten können, nach dem 12 Jahre der Kriegsjahre fortgedauert hat. In besonders erfreulicher Form hatte diese Gesellschaft zu erkennen gegeben, daß sie von dem Wunsch befaßt sei, die Vertreter der Chirurgie aller Nationen von neuem zu fruchtbringender Arbeit in eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, gegenseitiger Achtung und herzlichem Einvernehmens zu vereinen. Der Vorsitzende verlas unter lebhafter Zustimmung der Versammlung das in gleich herzlichem Tone gehaltene Antwortschreiben und sprach den Wunsch aus, daß es dem deutschen Volk gelingen möge, auf all den unzähligen Gebieten des internationalen Lebens sein ihm gebührendes Recht in Würde und Ehre zu erringen.

Die Reihe der wissenschaftlichen Vorträge wurde dann eröffnet mit einem Referat von Kötter-Breslau.

Ueber das große Gebiet der Chirurgie des peripheren Nervensystems äußerte sich Professor Kötter unter Hinweis auf die großen Erfahrungen des Weltkrieges u. a. dahin, daß die Wiederherstellung der Nervenfunktionen nicht allein von der sofortigen Behandlung abhängig sei, sondern daß die Nachbehandlung, die sich über Jahre erstrecken müsse, zum wesentlichen Erfolg heranzuziehen wäre. Die Heilung großer Nervenlähmungen werde auf den verschiedensten Wegen erstrbt. Nervenüberplantungen und Nervenimplantationen sowie das Einschalten anderer Gewebetelle führten in manchen Fällen noch zu einem vollen Erfolg, wenn die Nachbehandlung über Jahre ausgedehnt werde.

Bräuer-Hamburg stellte der echten Reynaudschen Erkrankung, die er als Neurose des gefäßregulierenden Systems im Rückenmark betrachtet, die sekundäre, der Reynaudschen Erkrankung ähnelnde Krankheitsbilder gegenüber, die bei Krankheiten des Zentralnervensystems, des vegetativen Systems des Herzens und der Gefäße und bei Stoffwechselkrankheiten auftreten. Der Vortragende hat durch seine Methode der Stauungsbehandlung gute Erfolge erzielt und einschließt sich nur bei Wiederauftreten der Krankheitserscheinungen zur Operation. — Olliverona-Stochholm berichtete über den spastischen Schiefhals und seine chirurgische Behandlung; er hat gute Erfolge erzielt mit dem Durchtrennen der drei obersten Halsnerven und des ersten Hirnnerven. Ueber das Thema „Das Zentralnervensystem“ sprach Köpke-Barmen, der die Operationsmöglichkeit der Geschwülste der Hirnanhangsdrüse darlegte. Schück-Berlin äußerte sich über „Hirnerkrankung und Bewußtseinsfrage“. Es habe sich gezeigt, daß nicht allein die Größe der Gewalteinwirkung, sondern auch der Ort maßgebend sei für die Schwere und Schnelligkeit, mit der Bewußtseinsstörungen bei Schädel- und Hirnerkrankungen auftreten.

„Feuersnot“ — „Josephslegende“.

Strauß-Abend der Städtischen Oper.

Zwei Bühnenwerke von Richard Strauß, die uns heute beide schon ein wenig fremd anmuten: Das Tanzspiel von 1914 „Josephslegende“ und das „Singebild“ von 1921 „Feuersnot“. Viel Persönliches nicht nur, sondern Zeit- und Ortgebundenes steckt in dieser Münchener Oper der Jahrhundertwende. Richard Strauß, der geborene Münchener, setzt sich ein bißchen grob mit seinen Landsleuten auseinander und warnt sie in aller Eindeutigkeit, nicht in verständnisloser Ablehnung vor ihm zu versagen, wie einst vor Richard Wagner, als dessen Nachfolger er sich in der Gestalt Runrads des Ebnars selbstbewußt und ohne Umschweife präsentiert. In dieser Partitur freilich zeigt er sich noch ganz befangen in innerer Abhängigkeit vom Stil Wagners — nicht zu reden von der Dichtung Ernst v. Wolzogens, deren lächerlich gepreizte Sprache sich heute fast wie unheimliche Wagner-Barocke. Echter als die Andeutungen von oberbayerischem Dialekt, die der Dichter gibt, mirkt der herb-gemüthliche Grundton, mit dem die Musik, unter Verwendung alter Münchener Lieder, das Milieu liebevoll charakterisiert. Die fast volksoptimistischen Chor- und Ensemblestücken haben sich am

Die Sammler.

„Revolutionärer“ Klingelbeutelkampf.

Die KAD „führt“ den Bauarbeiterstreik. Da mehr als 10 Proz. der Bauarbeiter noch arbeitslos sind und ein großer Teil der 6000 streikenden Bauarbeiter freigewerkschaftlich organisiert ist, andere wieder dem IWD angehören, müßte es der „führenden“ KAD im Verein mit der IWD, als ihrer vorgelegten Stelle ein leichtes sein, die streikenden KAD-Deute, die Mitglieder des kommunikativen „Einheitsverbandes für das Baugewerbe“ zu unterstützen. Wenn dieser „revolutionäre Einheitsverband“ schon einmal kein Geld dazu hat, dürfte er denn doch nicht so einseitig sein, dies den Unternehmern in aller Öffentlichkeit zu erzählen, durch den Aufruf in der „Roten Fahne“ zu Geldsammlungen für die „unter der Führung der Zentralen Streikleitung der revolutionären Bauarbeiter Groß-Berlins und des der KAD, angeschlossenen Einheitsverbandes für das Baugewerbe“ streikenden KAD-Bauarbeiter.

Was ist das für eine unverantwortliche und klägliche „Streikführung“, die sich nicht darum kümmert auch nur die notwendigen Mittel zum Streik zu beschaffen, und schon in den ersten Tagen des Streiks den Klingelbeutel schwingt?

Freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter dürfen diesen „Führern“, die in ihrem Sammelauftrag den „reformistischen Baugewerksbund“ beschimpfen, er organisiere den Streikbruch, nicht einen Pfennig anvertrauen. Wer so den Sammelkampf „organisiert“, muß von der Führung irgendeines Lohnkampfes die Hände lassen.

„Schlagworte der Sozialverräter.“

Als „revolutionäre“ Parole.

Das Berliner Moskablatt bezeichnet in einem Mai-Aufruf den Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen, als „raffiniertes Schwindelmanöver“. Offenbar kann man sich in der KPD den Kampf um irgendeine Forderung nur noch als Streik vorstellen, der aber dann nur als Streik gilt, wenn die KAD ihn „führt“. Die KAD hat zwar nichts zu führen, sucht jedoch ihre wirtschaftliche Ohnmacht durch Radau und Klamauf wettzumachen.

5-Tage-Arbeitswoche, 40-Stunden-Woche sind jetzt die Schlagworte der Sozialverräter.

Nach diesem „revolutionären“ Trumpf gegen die Gewerkschaften annahmt das Reichskomitee der KAD, diese „Schlagworte“, um sie als eigene Parole auszugeben:

„Es gilt, den Kampf zu organisieren für die 40-Stunden-Woche, damit das Arbeitsloshenke kleiner wird.“ Ganz unsere Meinung, wozu aber dann diese unsinnige Schimpferei? Zur Erklärung für die KAD? Wenigstens zu ihrer Charakterisierung.

Auf den luxemburgischen Fischen sollen Ende April rund 10 000, in der Hauptsache ausländische Arbeiter zur Entlassung kommen. Die Fischenverwaltung begründet diese Entlassungen mit steigendem Auftragsmangel. Die von der Entlassung Betroffenen, von denen sich ein Zehntel aus deutschen Arbeitern rekrutiert, müssen das Land sofort verlassen.



Rückblick auf Mittwoch.

Aus Breslau übernahm Berlin ein Hörspiel „Erdbeben in Neuseeland“ von Gerhard Menzel. Das Werk entstand auf Grund eines Hörspielauftrages der Schlesienschen Funkstunde. Gerhard Menzel nahm seine Aufgabe sehr ernst. Man spürte, wie er darum ringt, seinen Stoff zu formen. Aber er verlagte; denn er erlebte die Handlung mit dem Verstand, nicht mit dem Ohr. Er verfuhr zu zeigen, wie eine Gesellschaft, die stumpf und sinnlos im Wohlleben vegetiert, in der Todesgefahr sich in einzelne Individuen auflöst, die wieder ihren Teil am allgemeinen Leben suchen, selbst um den Preis des eigenen Lebens. Menzel will damit beweisen, daß jeder Mensch in seinem Urbild den Willen zum Guten hat. Doch die Personen seines Hörspiels scheinen mehr aus Sensationsbedürfnis als aus Mitleid mit anderen den Gefahren des „Erdbebens in Neuseeland“ zu trotzen. Die einzelnen Gestalten blieben unlebendig; ihre Reden waren gedachte Konstruktionen. Es war deutlich, daß Gerhart Menzel selten den unmittelbaren Zusammenhang mit dem Hörbild findet. Besonders schmerzhaft empfand der Berliner Hörer das Verlangen der Breslauer Regie, die ihm bisher manche genutzte Aufführung vermittelt hat. Für die Inszenierung dieses Hörspiels schienen alle Kinderkrankheiten der Berliner Sendebühne neu erweckt. Die Geräuschkulisse erstreckte sich buchstäblich die Reden, und selbst wo man diesen noch folgen konnte, war es nur unter äußerster Anspannung der Sinne möglich.

Die Frage: „Was fangen wir mit unserem Urlaub an?“ versuchte in der Stunde des Beamtens im Programm der Deutschen Welle Ministerialrat a. D. Falkenberg zu beantworten. Der Gehaltsabbau hat die Reife Wünsche und Hoffnungen vieler Beamten empfindlich beschnitten. Der Vortragende gab wichtige praktische Ratschläge, wie sich für manche Sommerreise das „Ägäische mit dem Erwünschten vereinen läßt. Dabei wies er auch auf die Reisen des Sozialistischen Bildungsausschusses hin und besonders auf sein Reisesparsystem, das es ermöglicht, durch monatliche Ratenzahlungen die Reisetouren zu ersparen, die sich dann infolge der Verzinsung der eingeleigten Summen noch beträchtlich verringern. Doch vielen Beamtenfamilien sind in diesem Jahre selbst die kleinsten Reisen unerschwinglich. Der Redner betonte, daß durch den Ausbau der Wochenendbewegung, vor allem durch allgemeinen Frühstart am Sonntagabend, vielen dieser besonders Erholungsbedürftigen Ruhen gebracht werden könnte.

Donnerstag, 9. April.
Berlin.

- 16.05 Prof. Dr. N. v. Bubnoff: Soziale Umschichtung im heiligen Rußland.
- 16.30 J. Max Eitinger: Streichquartett, op. 32, 2. Alfred v. Beckerath: Streichtrio Nr. 2, 3. Hans Ullrich: Spielmusik Nr. 1, 4. Karl Stimmer: Saxophon-Quintett, op. 9. (Brücker-Quartett.)
- 17.30 „Jugend ohne Goethe“, Gespräch zwischen Studenten und Studentinnen. Ltz.: Heinz Menzel.
- 18.10 Dr. Otto Bratschkow: Bildende Kunst.

- 18.30 Thesen-Diskussion: „Für und gegen Herabsetzung des Wahlalters“. (Dr. Ernst Scholz, M. d. R. und Dr. Wilhelm Solmann, M. d. R.)
- 19.05 Mitteilungen des Arbeitsamtes.
- 19.10 Unterhaltungsstunde.
- 20.40 Tages- und Sportnachrichten.
- 20.50 Leben und Sterben des großen Sängers Enrico Caruso. Hörspiel von Günter Eich und Maria Raschke. Regie: Max Bing.
- 22.00 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.
- Anschließend bis 0.30: Tanzmusik.

Königswusterhausen.

- 16.00 Musiklehrer W. Diekmann: Musikgeschichten in der Volksschule.
- 17.30 Prof. Dr. Hans Merzmann: Hausmusik (Arbeitsgemeinschaft)
- 18.00 Stadtoberbürger Gerh. Jobst: Als Architekt in Niederländisch-Indien.
- 18.30 Prof. Dr. Emil Utitz: Das Ästhetische und die Kunst.
- 19.00 Englisch für Fortgeschrittene.
- 19.30 Dr. von Schlichen: Zuckerindustrie und rübenbauende Landwirtschaft.
- 20.00 Maria Krause und Hanna Zeltzschel: Die berufstätige Frau in der proletarischen und bürgerlichen Welt (Zweiggespräch).

20. Abt. Heute, 20 Uhr, Ausspracheabend bei Stenzel, Schwedenstraße 13. Thema: Unser Wahlprogramm.

Wetter für Berlin: Beständig und vorwiegend heiter mit geringem Temperaturanstieg und schwacher Luftbewegung. — Für Deutschland: Im größten Teil des Reiches beständiges Wetter, im Osten Nachfröste, im Nordwesten größtenteils wolfig.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Späth, Berlin: Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlags: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin, Post: Vorwärts-Verlag, Berlin, Postfach 100-103, Einem Extra-Exemplar erhalten: Verleger: Paul Sinner & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

Varietösern und Gewerkschafter, bedürftig bei euten Einflüssen in Betriebsrat und Berufsbund des östlichen und westlichen Reichsbundes in Berlin von Reichshaus, Schillerstr. 100-103, einen Extra-Exemplar erhalten: Verleger: Paul Sinner & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

HAUS WATERRAND
KURPASTRY PARK
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB: KEMPKISKI

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag Nachn. 3-11
Das April-Lach-Programm der „Stettiner“
Populäre Preise von 60 Pf. bis 2,50 M. auch Sonntag Nachn. ermäßigte Preise!
Dönhoff-Brett: Varieté — Konzert — Tanz!

Schwerhörige
Hören sofort wieder mit dem ärztlich empfohlenen ORIGINAL-ANASTIN-APPARAT mit neuestem Kleinbücherei — Noch Besseres gibt es nicht! — Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H. Anstalt u. führende Spezialfabrik Verkauf u. Vorführung: Berlin-Wilmersdorf, Metzstr. 43 Bln., Klosterstr. 44, Eing. Grunerstr. Reinickendorf-Ost, Brienzer Str. 6 Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos! Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung

Beschäfts-Anzeiger

Besirk Süden-Westen

Gebrüder Bilz
Maschinenfabrik u. Reparatur-Werkstatt f. Druckereimaschinen
Beauftragte der Schnellpressenfabrik König & Bauer H.-G. für Montage und Reparaturen
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 92
Telephon: F. 5, Bergmann 4031 — Nachruf Bärwald 0650

Haben Sie Bedarf in:
Herrengarderobe (eilig und nach Maß), Berufskleidung, Herrenartikel, Reissbatter-Ausrüstung, so empfehlen sich
Fritz Hamburg
Stieglitz, Schloßstraße 102/103
Fahrverbindung: Autobus 5 und 20, Straßenbahn: 40, 43, 74, 174, 77, 177, Blinde, Kriegsbeschädigte und über 65 Jahre: 5 Prozent Rabatt extra.

Vela-Feinsoda
(Kartonpackung) für Wäsche, Küche und Haushalt das Billigste!

Wer braucht **Öfen u. Kochherde?**
Nur gute und billige Qualitätsarbeit, auch außerhalb Groß-Berlins
Fliesenarbeit + Baukeramik
Berliner Töpferhütte
GmbH
Berlin SO 36 / Schlesische Straße 42
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 0319

Wäsche
wachsen bllienweiß
Dampfwaschwerke Reibedanz & Co., G. m. b. H., Tempelhof 6 5 58414g 5325 — Nachruf 0508

HUZI
GROSSDESTILLATION
Prinzessinnenstraße 17
Ritter-Ecke Brandenburgstr.

Klischees
Calvanoplastische Werkstätten
K.-G. Baum & Co.
SW 69, Alie Jakobstraße 144
Telephon: Dönhoff 890 — 891

Malerhütte
Berlin G. m. b. H.
FORMALS MALEREIENGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1911
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR. E 4 ALEXANDER 5028-30
ALLE MALERARBEITEN
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

STOLPER JUNGCHEN
VOLLEFFTER CAMEMBERT
in allen Butter- und Käsegeschäften zu haben. 210

Ornen und Grabdenkmäler
Genossen! Unterstützt Eure eigenen Betriebe!
Deckt Euren Bedarf an Ornen u. Grabdenkmälern nur in der **Steinmetzhütte**, G. m. b. H., Baum-schulenweg, Kieholzstr., gegenüber d. Kremlatorium. Tel.: F. 3, Oberspree 1685. Lieferung nach allen Friedhöfen in Groß-Berlin. Bitte auf die Firma achten. Sonn. egg gelbnet.

Franz Schönherz
Bin.-Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 241 Nähe Hermannplatz
Bandagen — Gummistrümpfe
Spezialist für Sanktbeinlagen
Lieferant für Krankenkassen und Behörden [222]

August Wollschläger & Co. G. m. b. H.
Tempelhof, Ordensmeisterstraße 33 Fernruf: Südring 1955, 1956, 1957
Großhandlung in Eisenwaren, Werkzeugen, Röhren, Flanschen, Kanalisationsartikeln und Armaturen.

C. Hartseil, Wäsche-Verleih
Telephon: Moritzpl. 918. S 42, Fiktorenstr. 20
Wäsche aller Art
Gute Beschaffenheit, kulante Bedingungen!

Wäsche nach Gewicht
Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112
Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2520 [126]
Inh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

Verbandshaus-Restaurant!
Rungestr. 30 [R. 200]
Paul Koch
Verkehrstoka! der Partei und des Reichsbanners

Gläß & Ihle
Maschinenbau und Reparatur Werkstatt für graphische Maschinen
Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 24/25
Tel.: Dönhoff 4204 Nachruf: Bärwald 2542

Autobereifung * Wilhelm Grabs
Vertrieb in- und ausländischer Reifen
Autoreifen- und Schlauch-Reparatur-Werkstätte / Autozubehör
Berlin SW 48, Friedrichstr. 249
Nabe Belle-Alliance-Platz — Tel. F 5 Bergmann 4736

Wangrin & Butz
Elektr., Licht-, Kraft- u. Klingelanlagen
Konzesse für sämtl. elektrische Werke
E3 Bin.-Neukölln E3
Hobrechtstr. 59-60
Telephon: Neukölln 3157

Dachpappen-Verkauf etc
zu billigen Fabrikpreisen
Theodor Seibel
Dachdeckermesse, Leichterstr. 10
Berlin-Marienthal
Prüßlerstraße 26 / Tel. Südring 1512

Joseph Schulz
Berlin, Gilsdiner Str. 80
am Hochbahnhof Prinzessinnenstr.
Tafelerei für Messer, Scheren etc
SPEZIALTAUT:
Maschinen-Pappscharenmesser
Neue Messer jeder Art [126]

Butterhandlung
Zu den drei Sternen
* * *
Filialen in allen Stadtteilen

Neuaufbau der Volksschule?

Ein Vorschlag von Wilhelm Paulsen

Daß Berechtigungswesen und das Mißverhältnis der verschiedenen Schultypen zueinander die Ueberfüllung der höheren Schulen und Hochschulen ins Katastrophale steigern, wird als Tatsache allgemein anerkannt. Ueber den Weg, der aus der Sackgasse unseres Bildungswesens hinausführt, herrscht dagegen völlige Unklarheit. Das Prinzip strengster Auslese für die Aufnahme an den höheren Schulen und Hochschulen, das mancherorts befürwortet und zum Teil schon gehandhabt wird, kann nur eine Notlösung sein, solange durch das Berechtigungswesen in seiner heutigen Form der Bildungsgang der Volksschule für die Praxis der Berufsergreifung fast gänzlich entwertet wird. Es ist deshalb erfreulich, wenn das preussische Kultusministerium für die „Wiederehrlichmachung“ der Volksschule eintritt.

Ohne wesentliche Reformen allerdings wird die Bedeutung der Volksschule nicht gehoben werden können. Genosse Wilhelm Paulsen gab bereits in seiner an dieser Stelle seinerzeit ausführ-

Bedarfsfall die Lehrer der verschiedenen Schulgattungen nebeneinander unterrichten würden.

Ein wichtiger Zweck des zehnjährigen Aufbaues ist es, die Jugend aus dem zermürbenden Berufsleben solange zurückzuhalten, bis sie ohne Gefährdung ihrer leiblich-geistigen Entwicklung an den Aufbau ihrer persönlichen Existenz herangehen kann. Sein Hauptstück wäre die organische Verbindung der Volksschule mit der Berufs- und Fachschule. Als Wirkung erwartet der Verfasser:

„Die Eltern werden jedes mögliche Opfer bringen — wie heute bei den höheren Schulen und Mittelschulen —, wenn die Bildungswege durch die Volksschule offen liegen, der Anschluß an weitestführende Bildungsanstalten gegeben und die zukünftige Entwicklung des Kindes verbürgt ist. Die Vorurteile einer „standesgemäßen höheren Bildung“ werden verschwinden, mindestens eingebüßt.“

Sobald die Volksschule gleichberechtigt erscheint, wird die Frage der Abschaffung der Berechtigungen zu einer Frage der Gestaltung des Berechtigungswesens.

Auf den unterrichtlichen und beruflichen Aufbau des Reformplanes, der in weiteren Kapiteln behandelt wird, einzugehen, ist hier nicht der Ort, wenn auch mit Behauern festgestellt werden mag, daß dem bisherigen Stillstand der Schulen, der Staatsbürgerkunde, auch nach vorliegendem Plan nicht der Platz eingeräumt zu werden scheint, der ihm gebührt. Die Gestaltung des ländlichen

Schulwesens nach dem Reformplan soll ein andermal behandelt werden. Unsere Graphik, die der Schrift entnommen ist, verdeutlicht Wesen und Sinn des neuen Aufbaues.

Ein wesentlicher Punkt für die Verwirklichung des Planes ist die Kostenfrage. Paulsen hält die Neuordnung bei zunehmender Stabilität unserer Wirtschaft für finanziell tragbar, wenn sie auch Opfer in begrenztem Umfang, die in den Städten gering, auf dem Lande um so größer seien, voraussetze. Wie dem auch sei, wird man dem Autor, der während seiner braunschweigischen Tätigkeit bewiesen hat, daß er nicht nur ein Mann der Theorie ist, beipflichten müssen, wenn er von der Regierung die Möglichkeit zu Experimenten in begrenztem Umfang verlangt, und er hat so unrecht nicht, wenn er sagt:

„Es ist der Fluch aller Behörden, daß sie in engster Verwaltungsarbeit befangen bleiben und nicht Zeit finden, große Entwürfe voraussehend planmäßig vorzubereiten. England ließ einen Sachverständigenausschuß unter dem Vorsitz Hadows jahrelang arbeiten, und Stöckel rief in Oesterreich die gesamte Beamtenschaft zur Mitarbeit auf. Der Erfolg war durchschlagend, das werdende Schulwesen beider Länder zieht heute die Welt Aufmerksamkeit auf sich. In Amerika und Rußland vollziehen sich ähnliche schulpolitische Ereignisse. Deutschland hat seinen Beltruf als „Land der Schulen“ mühsam zu verteidigen.“ h. l.

Hochschule									
13									
12	H	H	Fach-Oberschulen					A	H
11									
10									
9	H	H	G	Kf	W	W	Kst	Hw	A
8									
7									
6									
5									
4									
3	Grundschule								
2									
1									

H = höhere Schule, A = Aufbauschule, G = Gewerblicher Unterricht, Kf = kaufmännischer U., Kst = künstlerischer U., Hw = hauswirtschaftlicher U., W = sonstiger Wahlunterricht, W = gemeinsamer Unterricht.

lich behandelten Schrift „Das neue Schul- und Bildungsprogramm“ eine theoretische Auseinandersetzung über Möglichkeiten und Begründungen einer derartigen Reform. Inzwischen hat sich ein Arbeitsausschuß des Preussischen Lehrervereins unter Leitung von Wilhelm Paulsen mit den auf der Vertretertagung des Vereines in Dortmund beschlossenen Leitfäden zum Ausbau der Volksschule beschäftigt. Diese Leitfäden bezogen in ihrem praktischen Teil:

1. Der innere Ausbau der Volksschule erfordert eine Umgestaltung der Arbeitsweise, der Lehrpläne und des gesamten Schulens.
2. Die Volksschule ist bis zum Ende des zehnten Schuljahres gradlinig und einheitlich fortzuführen. Ihre Arbeit und Gestaltung muß so durchgeführt werden, daß sie auch die Aufgaben der Mittelschulen übernehmen kann.
3. Um auch für die Land- und Ausbaumöglichkeiten zu schaffen, ist eine Vereinigung wenig gegliederter Schulen in weitgehendem Maße zu erstreben.
4. Die Verbindung der Volksschule mit dem höheren Schulwesen muß in erster Linie durch die Aufbauschule hergestellt werden. Diese ist in allen Grundformen, sowohl auf dem Lande als auch in den Großstädten einzurichten.
5. Der Ausbau der Volksschule muß einen engen Zusammenhang zwischen der Volksschule und dem Berufs- und Fachschulwesen herstellen.

Im Anschluß an diese Richtlinien und an die produktive Arbeit des Ausschusses erscheint nunmehr im Verlag von U. W. Ziefel (Osterwieck i. Harz) unter dem Titel „Der Neuaufbau unseres Schulwesens“ eine neue Schrift von Paulsen; in der ein Schulprogramm dargestellt und begründet wird, das zu einer grundsätzlichen Neugestaltung des gesamten Schulwesens führt. Unter Berücksichtigung der Gegenwartslage wird ein Organisationsprogramm aufgestellt, das die Bildungswege für alle verbreitert, indem es die Volksschule in den Mittelpunkt des Gesamtaufbaues stellt. Paulsen sagt:

„Die Volksschule muß zum Hauptbahnhofs werden, in dem die Bildungs- und Lebensanschlüsse liegen. Bisher war sie eine unbrauchbare Kopistation, um die alle Schichtenstränge in die Welt herumziehen, in die Gesellschaft, in die Wirtschaft, in Beruf und Kultur. Erst von dem Hauptbildungszentrum aus erhalten alle Bildungsveranstaltungen ihren Sinn. Diese liegen zwischen ihm und den Zielen des Lebens. Unordnung und Bildungswirrwarr werden sofort verschwinden, wenn ihre Wegbestimmung klar gegeben ist. Kreuzen können sich ihre Aufgaben nie.“

Da nach der von Paulsen behandelten Reform die Volksschule zum Unter- und Mittelbau des gesamten Schulwesens wird, würde die Volksschule auch die Aufgabe übernehmen, das so außerordentlich mannigfache Berufsschulwesen mit dem Gesamtbildungswesen organisch zu verbinden. Um ihre Aufgabe bewältigen zu können, wird die Volksschule bei einer zehnjährigen Gesamtdauer in eine Volksgrundschule (Unterstufe) eingeteilt die ihr ersten vier Jahre umfaßt, aber auch für die beiden nächsten Jahre die Arbeiten der heutigen Oberstufe der Volksschule übernimmt, und in eine Volksmittelschule (Mittelstufe), in der das si-bente und achte Schuljahr pflichtmäßig, das neunte und zehnte freiwillig ist.

Der praktische Zweck der Volksmittelschule ist es, nach Abschluß des siebenten und achten Schuljahres, einer Praxis von drei bis vier Jahren sowie eines Berufs- und Ergänzungsunterrichts die Gleichberechtigung mit der mittleren und der Obersekundarstufe zu geben. Nach dem zehnten Schuljahr würde der Anschluß an das höhere Schul- und Fachschulwesen (die künftige Volksoberstufe) erreicht sein. Der Lehrplan hätte sich besonders in den letzten drei Jahren nach Begabungen, Fach- und Berufsinteressen zu gliedern, wobei im

Das Elend der Hochschulen

Stößen zur Situation / Von Alfred Ehrentreich

Ueberfüllung.

Frägt man sich nach den Ursachen des katastrophalen Anstiegs der Zahl der Studierenden an den Hochschulen, so ist der Zustrom leider keineswegs durch ein vermehrtes, breiteres Massen ergreifendes Bildungsbedürfnis zu erklären; vielmehr erscheint er als Auswirkung einer negativen Abwehr, einer Flucht vor der Unsicherheit der kaufmännischen, selbständigen Berufe, vor dem ständig drohenden Abbau in Fabrik und Wirtschaft; man glaubt der Arbeitslosigkeit zu entinnen und verzieht sie doch nur um einige Jahre in so vielen Fällen: es wächst das akademische Proletariat.

Außerdem hat die Un Sinnigkeit des Berechtigungswesens, das fast für jede gehobene Stellung der Praxis die Reifeprüfung fordert, schleusenartig die Ausbildung auf der höheren Schule aufgestaut. Verläßt nun der künstlich emporgeschüttete Abiturient die Schule, so wendet er sich jetzt vielfach gar nicht den Stellen zu, die von ihm die Abschlußprüfung forderten, sondern er geht zur Hochschule über, der noch ein gewisser Geruch von Bornehmtheit und Elite anhaftet. Der Gedanke an eine gesicherte, akademisch fundierte Beamtenlaufbahn spielt dabei sicher wesentlich mit. Der Begabtenaufstieg aus der Masse ist dabei von ganz untergeordneter Bedeutung, obwohl manche Universitätsvertreter in ihr das Hauptziel sehen wollen. Alle Sperrmaßnahmen an der Hochschule selbst werden wenig Erfolg zeitigen, wenn man den Zustrom nicht schon auf der Schule seitlich ableitet; das heißt, wenn man nicht ganz energisch das Berechtigungswesen abbaut.

Die Zahl der Studierenden ist in Deutschland im letzten Semester um 4000 zurückgegangen, man hofft auf eine weiterhin absteigende Kurve nach Ostern wegen des Ausfalls der Kriegsgenerationen; immerhin, fühlbar wird der Ausfall vorläufig nicht werden. Es ist sehr anschaulich, sich die Auswirkungen einmal an ein paar Zahlen von der Berliner Universität zu verdeutlichen: Wir haben eine verdoppelte Anzahl von Studierenden im Vergleich zur Vorkriegszeit. In den letzten Semestern waren bis zu etwa 900, dieseltzt noch mehr Hörer allein für das Studium des Englischen eingetragen. Die entsprechenden Seminare und Proseminare, die Grundzellen der Arbeit während der Universitätsausbildung, waren trotz sinnvoller Aufstellung in Kurse vollgepackt mit jungen Menschen, deren Aktivität nicht mehr auf ihre Rechnung kam und die andererseits den Kursleitern kaum erfüllbare Korrektur- und Prüfungsarbeit zumuteten. Wenn man weiß, daß der größte Raum der Universität, das Auditorium Maximum, 630 Sitzplätze hat, wird man sich nicht mehr wundern, daß es für die Vorlesungen der angesehenen ordentlichen Professoren nicht mehr ausreichte: es wurde von ihnen in der Reuen Aula gelesen, vor 1000 bis 1500 Hörern! Es wird dann nicht mehr unwahrscheinlich klingen, was mir ein Hochschullehrer versicherte: ein juristischer Dozent, dessen Hörsaal nicht mehr ausreicht, läßt einen zweiten durch — Lautsprecher anschließen; in einigen überfüllten Räumen sollen Visitenkarten am Fußboden den Studenten einen — Stehplatz gesichert haben! Sind das nicht bereite Beispiele für eine sinnlose Mechanisierung des Vorlesungsbetriebes? Gibt es keinen Ausweg?

Praktiker an die Front!

Die Ordinarien, besonders die der großen Universitäten, können die ihnen obliegende Aufgabe nicht mehr bewältigen. Es werden Dozenten, Assistenten und sonstige Hilfskräfte zur Entlastung herangezogen. Ihre Honorierung steht selber oft im ungekehrten Verhältnis zu dem Maß an Arbeit, das sie übernehmen müssen. Ich habe junge Referendare kennengelernt, die ganze Nächte hindurch mit der Durchsicht der Aufnahme-, Abschluß- und Prüfungsarbeiten zu tun und das außerdem nebenamtlich zu erledigen hatten. Es muß hier also eine vernünftige Arbeitsverteilung eintreten, es müssen sowohl die großen Vorlesungskomplexe wie die überfüllten Seminare in kleinere und übersichtliche Gruppeneinheiten zerlegt werden. Dazu bedarf es sicherlich einer verstärkten Anzahl von Mitarbeitern. Woher sollen sie genommen werden?

Die Professorenlaufbahn an den Universitäten ist von vornherein nur einem ganz kleinen Kreise wirtschaftlich privilegierten möglich. Die wenigen Fälle eines heroischen Hinawarbens neben einer anderen Berufsprognose sind zu zählen und verzehren ein Uebermaß von Energie. Diese wenigen geistig und geldlich Begüterten würden auch dann nur zögernd das jahrzehntelange Risiko einer fast ein-kommenlosen Zeit eingehen, wenn sie nicht auf gewisse persön-

liche Verbindungen in ihrem Fortkommen rechnen dürfen. Wer ohne ein solches freundliches Wohlwollen den Weg einschlagen würde, wäre für immer isoliert. Wie stark solche Beziehungen sich auswirken, zeigen Fälle, in denen die Laufbahn eines Privatdozenten zur Aussichtslosigkeit verurteilt war in dem Augenblick, da der ihn stützende Ordinarius etwa vorzeitig starb. Die Exklusivität aller dieser Maßnahmen kann es erklären, daß der akademische Nachwuchs nicht immer genügend gesichert ist. Es muß dem Betrachter nachgerade auffallen, daß von den beiden ordentlichen Professoren für das Englische in Berlin immer nur einer besetzt wird. Es scheint hier mehr ein Substanz-, als ein Finanzmangel vorzuliegen. Die jahrzehntelange Abgeschliffenheit der Dozenten von der Praxis bringt aber auch eine gewisse Berufsfremdheit mit sich. Wie viele von den Professoren, die etwa Philologen ausbilden, haben selbst auch nur kurze Zeit in einer Schule gestanden oder Unterricht erteilt? Sie kennen gar nicht die Ansprüche und Nöte des Berufes, für den sie Vorbildern, und stellen andererseits Forderungen für ihn, die als rein theoretisch, abstrakt und lebensfremd anzusehen sind.

Soll der Arbeitsbetrieb der Universität also rationell ausgenutzt werden, so muß er sich der Hilfe aller jener erfahrenen Berufspraktiker bedienen, die auf der einen Seite sich auf ihrem Gebiet einen Namen gemacht haben, andererseits in ständiger Fühlung mit der Forschung verblieben sind. Eine solche Auffrischung der Universitätskörper in allen ihren Graden durch lebenserfahrene, praktische Fachleute würde das Bildungselement in ganz anderer, sinnvollerer Weise demokratisieren, als es die Ueberfüllung von unten her bewirkt. Wir brauchen heute mehr Fachleute des Lebens als Spezialisten weltentfernter Theorien.

„Professorenkapitalismus.“

Nicht nur die Ausbildung, auch die wirtschaftliche Lage der Hochschullehrer scheint ein Hemmnis für eine gesunde Aufstellung der Arbeit zu sein. Bekanntlich gehören die Professoren zu jenen bevorrechteten Beamtensategorien, die nicht mehr systematisch in eine bestimmte Gehaltsordnung eingereiht werden, sondern die private Vertäge (innerhalb gewisser Grenzen) mit dem Staate abschließen über ihre Honorierung. Zu diesem Vorrecht gesellt sich ein zweites: sie sind beteiligt an den Gebühren ihrer Hörer, so daß ihre Einnahmen mit der Hörerzahl steigen. An einem Abbau des Rassenvorsorgebetriebes sind sie also primär nicht interessiert. Wenn der farg gestellte Privatdozent Hörergebühren bezieht, so läßt sich das rechtfertigen; bei den Professoren ist das fast unverständlich (dennach müßten auch die Lehrer je nach der Stärke ihrer Klassen einen Anteil an dem Schulgeld ihrer Schüler beziehen!). Entweder ist die Befoldungslage der Professoren angemessen; dann gehören die Hörergebühren dem Staate. Oder sie ist nicht in Ordnung; dann möge sie revidiert werden; denn die Beteiligung am Kollegialerlinnert in unangenehmster Weise an gewisse alte Regale, Nebeneinkünfte und Ablösungen älterer und neuerer Zeit.

Daß die daraus erwachsenden Folgerungen nicht übertrieben sind, zeigen Vorgänge bei den Berufungen von Professoren an andere Universitäten. Eine Hauptrolle spielen dabei immer die „Forderungen“ der Ernannten, und viele Austausch sind an solchen rigorosen Forderungen gescheitert. Andererseits werden auch sehr differenzierte Angebote gemacht, je nach der Bedeutung einer Universität oder der besonderen Fakultät an einer Hochschule. Hier hängt die hohe Wissenschaft an, einen sehr materiellen Hintergrund zu bekommen. Auf die unwürdige Hervorkehrung von Honorarfragen bei den Berufungen hat schon vor einem Jahre Professor Dr. Hans Drogenborff in seiner Rektoratsrede vom 10. Mai 1930 hingewiesen, und dieser Vertreter der jüngeren Professoren-genera-tion, der ausnahmsweise und bewußt zweimal hinter-einander mit der höchsten Universitätswürde betraut wurde, ist nicht zu überhören:

„Der vielfache Wechsel und Austausch der Universitäten untereinander ist gewiß ein bedrückendes Element in unserem Hochschulleben, so lange nicht materielle Uebermacht die gegenwärtige Zeittage, die auf allen Gebieten das Materielle so stark in den Vordergrund der Interessen rückt, ausnützt, dadurch die Entwicklung der Fakultäten auf eine falsche, ungesunde Grundlage stellt und gleichsam das innere Gleichgewicht des deutschen Universitätslebens stört. Eine Stärke unseres deutschen wissenschaftlichen Lebens war, daß wir in dem reichen Kranz deutscher Universitäten wohl große und kleine hatten, aber nicht solche ersten und zweiten Ranges.“

